

Jugend fördern – Zukunft sichern

Jugendpolitische Leitsätze der CDU Nettetal

1. Jugendpolitik und gesellschaftlicher Wandel

Nach Art. 6 GG steht die Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Die Familie ist von je her als Keimzelle der Gesellschaft angesehen worden. Aus ihr werden die künftigen Generationen hervorgebracht und durch sie soll unsere Gesellschaft geprägt werden.

Noch bis weit in die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts konnte die Familie ihrer großen Verantwortung im Wesentlichen gerecht werden. Die Erziehungsprinzipien in Schulen, Vereinen, Kirchen und der Gesamtgesellschaft entsprachen denjenigen in den Familien. Im Kern herrschten einheitliche Vorstellungen zu Bildung, Erziehung, Sexualität, Partnerschaft und gesellschaftlicher Verantwortung. Abweichendes Verhalten war verpönt und wurde allenfalls in engen Grenzen toleriert. Der Einfluss der Kirche und ihrer zahlreichen Verbände war außerordentlich stark.

Vor diesem Hintergrund war die primäre Erziehungskompetenz der Familien nicht in Frage gestellt. Staatlich gesteuerte Jugendpolitik hatte zweitrangige Bedeutung und konnte sich auf eine Überwachungs- und Schutzfunktion beschränken.

Dieses gesellschaftliche Bild gehört mittlerweile seit langem der Vergangenheit an. Es gibt kaum mehr gesamtgesellschaftlich gültige Spielregeln, erst recht keine selbstverständlichen Tabus, die aus sich heraus und ohne weiteren Erklärungsbedarf als Korrektiv wirken könnten. Man sucht vergeblich nach einer Hierarchie der Werte. Stattdessen existiert ein nicht mehr überschaubares plurales Angebot an Werten und Maßstäben.

In dieser Situation sind die Eltern als primäre Bezugspersonen ihrer Kinder mehr denn je in ihrer Verantwortung gefragt. In Kindergärten wie in Schulen existieren institutionalisierte Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten für die Eltern. Dennoch werden Eltern ihren erzieherischen Aufgaben immer häufiger nicht gerecht.

Während die Verantwortung von Eltern und Familie wächst, verlieren Ehe und Familie an gesellschaftlicher Akzeptanz und Stabilität. Kinder werden immer häufiger das Opfer des episodenhaften Charakters der Beziehung ihrer Eltern.

Hinzukommt, dass immer weniger Eltern die Einsicht in die Notwendigkeit verbindlicher Werte und in die Notwendigkeit der Vermittlung dieser Werte an die Kinder haben. Viele Eltern haben sich in einer allzu freizügigen "laissez faire-Gesellschaft" gut eingerichtet und glauben, die Ermöglichung von Kon-

sum könne die Erziehung der Kinder ersetzen. Der Verlust der Erziehungskompetenz und des Erziehungswillens vieler Eltern ist dramatisch.

Ein kirchlicher Einfluss ist kaum mehr vorhanden. Auch das Interesse junger Leute an einem Engagement in unseren politischen Parteien hat rapide abgenommen.

Massiven Einfluss haben im Wesentlichen nur noch die Medien. Sie bestimmen Denken, Sprache und Verhaltensweisen unserer Kinder und Jugendlichen.

2. Jugendpolitik als kommunale Aufgabe

Wir dürfen unsere Kinder und Jugendlichen als Garanten für ein auch künftig funktionierendes Gemeinwesen nicht verlieren. Wenn Prägung und Anleitung der Kinder und Jugendlichen für die Existenz unserer Gesellschaft unverzichtbar sind, muss Jugendpolitik einen entsprechenden Stellenwert erhalten. Sie gehört ganz oben auf die Tagesordnung.

Diese veränderten gesellschaftlichen Anforderungen verlangen auch nach einem veränderten Verständnis von Kommunalpolitik.

Die Stärkung von Eltern und Familien kann nicht allein durch gesetzgeberische Vorhaben geschehen, sondern muss in letzter Konsequenz ortsnah in der Kommunalpolitik vollzogen werden. Nur dort wird von den Menschen hautnah erlebt, in welchem Maße der Staat bereit ist, sie in der Erziehung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen zu unterstützen. Unmittelbar vor Ort muss durch eine verantwortungsvolle Kommunalpolitik eine Rangfolge der Werte deutlich gemacht werden. Jugendpolitik versteht sich in diesem Sinne auch als Querschnittsaufgabe, die alle kommunalen Aufgabenfelder zu durchdringen hat.

3. Bereiche jugendpolitischen Wirkens

➤ Bildung und Erziehung

- Aufgabe der Jugendpolitik muss es sein, klare moralische Werte im Sinne positiver Leitbilder zu vermitteln. Hierzu gehört das Erlernen sozialer Verantwortung und der Bereitschaft zu gesellschaftlichem Engagement. Kinder und Jugendliche müssen zu selbstbewussten und manipulationsresistenten Menschen erzogen werden, die sich mit unserer Gesellschaft positiv identifizieren.
- Großen Stellenwert muss die Vermittlung von Wissen haben. 60 % des Wissens eines Menschen wird während der ersten sechs Lebensjahre vermittelt. Notwendig ist daher die Unterstützung der Eltern und Kindergärten bei der Förderung der geistigen und sozialen Entwicklung der Kinder. So dann sind die Schulen in ihrer Arbeit zu stärken und die außerschulischen Angebote von Schulen

und Verbänden sind zu stützen und zu fördern. Die Leistungsbereitschaft der Kinder und Jugendlichen muss geweckt und anerkannt werden.

Wissen muss an die Stelle von Leere, Zielstrebigkeit an die Stelle von Orientierungslosigkeit treten.

- Die Jugendlichen müssen befähigt werden zu verantworteter Partnerschaft. Hierzu gehört auch die Verinnerlichung des Grundsatzes der Gleichberechtigung von Mann und Frau.

➤ Gewaltprävention

Jugendgewalt und Jugendkriminalität sind besorgniserregend gestiegen: Sachbeschädigung, Mobbing, Erpressung, Gewalt an Schulen sind an der Tagesordnung. Die Formen angewandter Gewalt haben sich den medialen Vorbildern angepasst und haben ein oft kaum mehr vorstellbares Maß an Brutalität erreicht.

Gefördert werden sollen geeignete Konzepte und Projekte, die der Gewaltvermeidung dienen. Insbesondere Familien, Schulen, Jugendheime und Sportstätten müssen gewaltfreie Orte sein. Eine Sensibilisierung für die Belange des anderen muss an die Stelle der rücksichtslosen Durchsetzung eigener Interessen treten.

➤ Integration von Kindern und Jugendlichen nicht deutscher Herkunftssprache

Der Anteil junger Menschen auch in Nettetal, deren Muttersprache nicht deutsch ist, hat sich erhöht. Mittlerweile beträgt der Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund 14 %. Die Integration dieser jungen Leute ist unverzichtbar.

Voraussetzung jeder Integration ist die Beseitigung der vorhandenen Sprachprobleme. Insoweit müssen ausreichende Angebote zu Sprachunterricht und Sprachförderung geschaffen werden. Es muss des Weiteren nach Möglichkeiten gesucht werden, die Eltern dieser Kinder in die Mitwirkungsmöglichkeiten von Kindertageseinrichtungen und Schulen einzubinden. Eine große Chance zur Integration besteht insoweit auch in den Sportverbänden, die insoweit gestützt und ermutigt werden müssen.

Richtig verstandene Integration hat im Übrigen nichts mit dem Verlust eines eigenen kulturellen Selbstverständnisses zu tun. Ganz im Gegenteil verlangt eine wirksame Integration zunächst einmal, sich der eigenen Herkunft und Kultur bewusst zu werden, zugleich dann jedoch Neugier zu entwickeln für fremde, unter uns lebendige Kulturen. Vor allem wird es notwendig sein, Formen des Miteinanders von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund zu schaffen.

➤ Alkohol- und Drogenmissbrauch

Die Hemmschwelle für Jugendliche, oft sogar für Kinder, Alkohol zu sich zu nehmen, ist immer geringer geworden. Alkoholexzesse unter Jugendlichen gehören zum Alltag. Nach aktuellen Untersuchungen ist die Zahl der Jugendlichen, die wegen einer akuten Alkoholvergiftung stationär behandelt werden mussten, in nur fünf Jahren um 50 % gestiegen. Auch Nettetal wird sich von diesem negativen Trend nicht lossprechen können. Anlässlich zahlreicher öffentlicher Veranstaltungen wurde in den letzten Jahren deutlich, wie viele Jugendliche – offenkundig vollkommen unbeaufsichtigt durch ihre Erziehungsberechtigten – hemmungslos und bis zur Alkoholvergiftung Alkohol zu sich nehmen. Neben der Alkoholproblematik kommt in Nettetal schon wegen der Nähe zur niederländischen Grenze die große Versuchung, weiche Drogen zu konsumieren, hinzu. Vielfach ist Jugendlichen nicht zu vermitteln, weshalb der Konsum von Hasch und Marihuana schädlich sein soll. Erst recht ist nicht zu vermitteln, dass in Nettetal verboten sein soll, was z.B. in Venlo straffrei im großen Ausmaß geduldet wird.

Zu einer Jugendpolitik muss daher gehören, Kinder und Jugendliche für ein Leben ohne Drogen und Suchtmittel stark zu machen.

Die Legalisierung oder Tolerierung bislang verbotener Drogen muss mit Entschiedenheit abgelehnt werden. Die mit unmäßigem Alkoholkonsum verbundenen Probleme dürfen nicht durch Legalisierung oder Tolerierung weicher Drogen vervielfältigt werden.

➤ Jugendschutz

Infolge des immer häufiger anzutreffenden Versagens von Familien droht die körperliche und seelische Gefährdung von Kindern und Jugendlichen. In derartigen Fällen muss im Sinne einer Frühprävention schnell und angemessen eingegriffen werden. Das Kindeswohl muss Vorrang haben. Eine Vernachlässigung des Kindeswohls und die Gefährdung von Kindern und Jugendlichen darf nicht geduldet werden.

4. Notwendige und konkrete Maßnahmen einer wirkungsvollen Jugendpolitik

- Es müssen die organisatorischen Voraussetzungen dafür geschaffen bzw. ausgebaut werden, die bestehenden örtlichen Netzwerke zwischen Eltern, Kindergärten, Schulen, Vereinen und Institutionen weiterzuentwickeln und zu optimieren. Hierzu zählt insbesondere auch die Unterstützung der sich entwickelnden und durch das Land geförderten Familienzentren. Wünschenswert wäre auch die bereits begonnene Kooperation zwischen Kindergärten und Grundschulen im Bereich Musik und Bewegung weiterzuentwickeln. Dieses Netzwerk bedarf einer professionellen Begleitung.

Ein solches Netzwerk muss auch zu einer Erziehungspartnerschaft mit den Eltern führen. Angebote der Tagesbetreuung für Kinder in Schule und Einrichtungen der Jugendhilfe müssen als selbstverständliche Angebote installiert werden.

Denkbar wäre beispielsweise auch die Herausgabe eines so genannten Elternbegleitbuches, das an zahlreichen öffentlichen Stellen verfügbar ist und jungen Eltern als praktischer Ratgeber dienen soll.

- Von unverzichtbarer Bedeutung ist die Arbeit der Vereine und Verbände für die Sozialisation von Jugendlichen. In Zeiten wachsender Destabilisierung der Familien gewinnen Vereine und Jugendverbände an Bedeutung. Das Engagement in Vereinen und Jugendverbänden trägt zur individuellen Sinnstiftung bei und erhöht die Kreativität und soziale Kompetenz. Besonders hervorzuheben sind insoweit auch die Sportvereine. Sie sind im besonderen Maße geeignet, soziale Bezüge zu schaffen, Integration zu vermitteln und soziales Verhalten zu trainieren.

Jugendpolitik muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Jugendverbände und Vereine die organisatorische und finanzielle Ausstattung besitzen, ihrer wichtigen Arbeit nachzukommen.

- Neben der verbandlichen Jugendarbeit hat die freie, offene Jugendarbeit in den letzten Jahren an erheblicher Bedeutung gewonnen. In Nettetal existieren mehrere Jugendheime mit offenen Angeboten. Darüber hinaus gibt es eine gut funktionierende mobile aufsuchende Arbeit, auch Streetwork-Arbeit genannt. Diese Angebote der Jugendhilfe zeichnen sich durch einen niederschweligen Zugang aus und erreichen daher viele Jugendliche. Oft sind diese Formen der Jugendarbeit die letzte Möglichkeit, Jugendliche zu erreichen und ihnen Orientierung und Hilfe zu bieten. Die organisatorische und finanzielle Hilfe für diese Form der Jugendhilfe darf nicht angetastet werden.
- Die vorhandenen Jugendhilfeeinrichtungen müssen intensiv darin unterstützt werden, den Jugendlichen ein ausreichendes Arbeits- und Ausbildungsplatzangebot zu beschaffen. Es muss eine gesamtkommunale Aufgabe im Sinne der oben angesprochenen Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe sein, insoweit praktische Unterstützung zu leisten.
- Es müssen die organisatorischen und personellen Voraussetzungen dafür existieren, effiziente Suchtvorbeugung und Suchtbekämpfung zu betreiben. Auch dies ist eine Querschnittsaufgabe, die an vielen Stellen ansetzen muss. Einzubeziehen sind die oben genannten Netzwerke, Schulen, Vereine, nicht zuletzt die Eltern. Zur Erreichung einer notwendigen Effizienz bedarf es insoweit einer kompetenten personellen Führung entsprechender Initiativen. Als konkrete Maßnahme ist die bereits zuletzt bei öffentlichen Veranstaltungen demonstrierte Präsenz von Jugend und Ordnungsamt zu verstärken. Bei derartigen Gelegenheiten ist möglichst unverzüglich nach dem Antreffen auffällig gewordener Jugendlicher der Kontakt mit den Erziehungsberechtigten zu suchen. Es wäre des Weiteren wünschenswert, wenn alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft würden, dass der Konsum von Alkohol in der Öffentlichkeit, insbesondere auf Spielplätzen und vergleichbaren Aufenthaltsorten von Kindern und Jugendlichen, eingeschränkt bzw. verboten würde. Des Weiteren sind durch Ordnungsamt und Jugendamt zu gewährleisten, dass das Verbot des Verkaufs hoch-

prozentiger alkoholischer Getränke an Kinder und Jugendliche engmaschig überwacht wird. Wer verbotenerweise Alkohol an Kinder und Jugendliche verkauft, muss mit Sanktionen rechnen.

Ein ähnlich energisches Einschreiten ist im Zusammenhang mit der genannten Gewaltprävention geboten. Auch Sie kann nicht allein dem guten Willen der vorhandenen Vereine und Institutionen überlassen bleiben. Auch insoweit bedarf es einer verbindlichen, organisatorischen Steuerung.

- Es müssen Angebote geschaffen werden zu verantwortungsvoller Medienerziehung. Insoweit sind Schulen und Kindertagesstätteneinrichtungen mit der notwendigen EDV-Ausstattung einschließlich Internetzugang zu versehen, da nur so effiziente medienpädagogische Arbeit geleistet werden kann. Die Träger der freien Jugendarbeit sind in gleicher Weise zu unterstützen. Auch insoweit bedarf es einer klaren und die verbindlichen Ziele der Jugendpolitik unterstützenden Struktur.
- Es müssen die Rahmenbedingungen dafür gewährleistet werden, dass die bewährten Formen der Sprachförderung im Nettetalraum beibehalten werden. Die Sprachförderung muss – den Vorstellungen der Landesregierung entsprechend – gezielt in den Kindergärten beginnen. Sie muss Mittel zur Integration von Kindern und Jugendlichen nicht deutscher Herkunft sein. Alle Vereine und Institutionen müssen ermutigt werden, sich an dieser Integrationsarbeit ergänzend zu beteiligen. Die Kommunalpolitik sollte Leitfäden entwickeln, die allen mit Integrationsarbeit befassten Vereinen und Institutionen an die Hand gegeben werden können.
- Die Unterstützung von Familien und Förderung von Kindern muss früh ansetzen. Aus diesem Grunde muss – neben unterstützenden und verstärkenden Maßnahmen zur Erziehung von Kindern im Elternhaus – vor allem für berufstätige Eltern ein ausreichendes Angebot an Betreuungsplätzen für unter Dreijährige geschaffen werden. Insoweit ist zu überprüfen, inwieweit die vorhandenen Tageseinrichtungen in ausreichendem Umfang die Schaffung solcher Betreuungsplätze gewährleisten können und inwieweit es organisatorischer, ggf. auch baulicher Änderungen bedarf. Die Schaffung von Betreuungsplätzen für unter Dreijährige ist ein Zeichen der Ermutigung an die Eltern, dass der Staat sie bei ihrer Erziehungs- und Betreuungsaufgabe nicht im Stich lässt, sondern aktiv begleitet.
- Die Herausnahme von Kindern aus einer Familie zur Vermeidung von Kindeswohlgefährdungen muss immer das letzte der denkbaren Mittel bleiben. Vorrang müssen Möglichkeiten der Frühprävention haben. Insoweit ist das Angebot sozialpädagogischer Familienhilfen auszubauen. In gleichem Maße, in der die Erziehungskompetenz der Eltern nachlässt, muss sie durch solche Mittel der Jugend- und Familienhilfe gestärkt werden. Finanzielle Investitionen dürfen in diesem Zusammenhang nicht gescheut werden; sie sind vielmehr notwendig und unvermeidbar, um schlimmeres zu verhindern.

5. Schlusswort:

Die Erziehung unserer Kinder und Jugendlichen ist nichts, was von alleine geschieht. Kinder und Jugendliche werden nur zu verantwortungsvollen Mitbürgern, die demnächst Verantwortung für unser Gemeinwesen übernehmen, wenn sie hierzu angeleitet werden. Die notwendige Wissensvermittlung, die Förderung der Jugend und ihr Schutz sind nicht nur eine gesamtstaatliche Aufgabe, sondern müssen von uns ortsnah und nah an den betroffenen Menschen umgesetzt werden.

Wir müssen mutig die Verantwortung ergreifen und die vorstehend aufgelisteten jugendpolitischen Zielsetzungen initiieren.

Wir können für keinen Erfolg garantieren; wir können jedoch alles in unseren Kräften stehende tun und nicht zaghaft und zaudernd, sondern mutig und zupackend Jugendpolitik und damit Politik für die Zukunft betreiben.

D8/64025